

Steinmeier will mit Klimaschutz punkten

Handelsblatt
27.3.09, S. 4

SPD-Kanzlerkandidat setzt sich für eine „grüne Konjunkturpolitik“ ein

DANIEL DELHAES | BERLIN

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier versucht, in der Umweltpolitik gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu punkten. Gestern stellte Steinmeier gemeinsam mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine Studie vor, die das Potsdam Institut für Klimaforschung (PIK) im Auftrag des Auswärtigen Amts erstellt hat. In der Studie sollten die Wissenschaftler aufzeigen, in welche Bereiche die G20-Staaten investieren können, um Wachstum zu schaffen und gleichzeitig das Klima zu schützen. Die Autoren schätzen, dass die G20-Staaten in den nächsten Monaten insgesamt 1,6 Billionen Dollar investieren werden.

Steinmeier unterstützte die Forderung der Autoren, dass die Staatengemeinschaft in der Wirtschaftskrise ihre Konjunkturprogramme abstimmen und dabei besonders in den Kli-

maschutz investieren sollten. Entsprechende Vorschläge wolle er beim G20-Gipfel in London der internationalen Staatengemeinschaft unterbreiten. „Es geht im Kern darum, wie dieses Geld zukunftsorientiert und ökologisch nachhaltig investiert werden kann“, sagte Steinmeier.

Damit prescht Kanzlerkandidat Steinmeier einmal mehr mit eigenen Ideen vor – dieses Mal wenige Tage vor dem am 2. April stattfindenden G20-Gipfel in London. Pikant ist obendrein, dass der Direktor des PIK, Hans Joachim Schellnhuber, zugleich Klimaberater der Bundeskanzlerin ist.

Steinmeier kündigte an, sich beim Gipfel in London für die Benennung von ständigen Unterhändlern für Energie und Klimaschutz einzusetzen, so wie es die Autoren der Studie fordern. Dies allerdings ist noch nicht mit Merkel abgesprochen. Dem Bundeskanzleramt habe er die

Studie am Montag zugeleitet, sagte Steinmeier. Er gehe davon aus, dass die Bundesregierung die Ergebnisse diskutieren werde.

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundeskanzlerin auch nur eine Einwendung hat“, sagte Umweltminister Gabriel. Er forderte Merkel auf, Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg dazu zu bewegen, dem von ihm vorgelegten Energieeffizienzgesetz zuzustimmen. Kommende Woche könnte das Gesetz vom Kabinett beraten werden – ebenso das umstrittene Gesetz zur Einlagerung von Kohlendioxid.

Ottmar Edenhofer, Chefvolkswirt des PIK, forderte, die G20-Staaten sollten mindestens 20 Prozent ihrer Gelder aus den Konjunkturpaketen gezielt in Umwelttechnologien, in die Modernisierung der Infrastruktur und in die Erforschung etwa der Kohlendioxid-Speicherung investieren. Mittelfristig sollten sie einen in-

ternational geltenden Emissionshandel aufbauen, an dem sich alle Branchen beteiligen. „Die Konjunkturprogramme müssen koordiniert werden“, forderte Edenhofer.

Steinmeier stellte klar, dass die Studie nicht dazu diene, ein drittes Konjunkturpaket vorzubereiten. Bereits jetzt investiere die Bundesregierung 80 Mrd. Euro und müsse die Neuverschuldung „verantworten gegenüber künftigen Generationen“. Das zweite Paket müsse erst einmal wirken. Es werde helfen, „die Krise abzumildern“.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles hatte gestern in der „Zeit“ erklärt, sie könne sich gut vorstellen, „die Abwrackprämie auch für so genannte weiße Ware auszuzahlen, also beispielsweise für Ökokühlschränke oder sparsame Waschmaschinen – wenn es die Konjunktur erfordert“. Dies lehnte Steinmeier ab.